



## Bericht aus Berlin

15 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 15 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

## Aus dem Plenum

### „Scheitert der Euro, scheitert Europa“

Der Deutsche Bundestag hat diese Woche mit breiter Mehrheit für die Ausweitung der Wirksamkeit des Rettungsschirms ausgesprochen, mit dem die Schuldenkrise im Euro-Raum gebannt werden soll. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken stimmten dafür, dass die Europäische Stabilisierungsfazilität (EFSF) mit Hilfe weiterer Instrumentarien so effizient wie möglich genutzt werden kann. Bundeskanzlerin Angela Merkel appellierte in ihrer Regierungserklärung eindringlich an die Abgeordneten, dafür auch vertretbare Risiken einzugehen. Sie wiederholte dabei ihr Credo: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Die Bundesregierung hat die „historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas mit allen uns zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, betonte Merkel. Sie unterstrich außerdem: „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Denn kein anderes europäisches Land profitiert wirtschaftlich so stark von der gemeinsamen Währung wie Deutschland. Die Bundeskanzlerin zeigte Verständnis für die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger. „Die Schuldenkrise bewegt viele Menschen“, sagte Merkel. Sie unterstrich, dass das Gesamtvolumen der EFSF von 440 Milliarden Euro und der deutsche Anteil in Höhe von 211 Milliarden Euro unter keinen Umständen erhöht werden. Gleichzeitig räumte sie ein, es sei nicht auszuschließen, dass mit der Ertüchtigung der EFSF unter Umständen auch das Risiko wachse, dass Deutschland seine Finanzierungszusagen für den Rettungsschirm einlösen muss. Nach Abwägung aller Argumente halte sie es aber für vertretbar, das Risiko einzugehen: „Eine bessere Alternative liegt mir nach Prüfung aller Argumente nicht vor. Es wäre nicht vertretbar und nicht verantwortlich, das Risiko nicht einzugehen.“ Als weitere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euro-Raum nannte Merkel u.a. die

Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild, auf die sich die anderen Mitgliedstaaten verständigt haben, eine Klagemöglichkeit gegen Stabilitätssünder vor dem Europäischen Gerichtshof und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU. Die Bundeskanzlerin warnte aber auch vor der Illusion, die Schuldenkrise in der Euro-Zone könne über Nacht gelöst werden. Götz: „Das Thema wird uns leider auch in Zukunft beschäftigen.“

### Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht kommunalfreundlich gestaltet

Der Deutsche Bundestag hat heute das Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts verabschiedet und hiermit das seit 1996 geltende Gesetz ökologisch fortentwickelt. Ziel ist eine nachhaltige Verbesserung der Ressourceneffizienz durch eine Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen. Aufbauend auf den Kernelementen und Grundprinzipien der EU-Abfallrahmenrichtlinie führt das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz den hohen deutschen Umwelt- und Entsorgungsstandard somit weiter fort. Die Regelungen sind so ausgestaltet, dass den berechtigten Schutzinteressen der öffentlich-rechtlichen Entsorgung ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Gewerbliche Sammlungen sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der kommunalen Entsorgungsaufgabe bzw. die Planungssicherheit und Organisationsverantwortung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nicht beeinträchtigt wird. Das „Rosinenpicken“ gewerblicher Sammler zulasten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder der von ihnen beauftragten Dritten ist ausgeschlossen. Mit der nunmehr beschlossenen Fassung besteht Einvernehmen mit dem kommunalen Bereich.

Weitere Informationen: [www.cducs.de](http://www.cducs.de)

### Parlamentsdeutsch...

... **Stenograf:** Parlamentsstenografen beherrschen Redegeschwindigkeiten bis zu 500 Silben pro Minute. Sie schreiben nicht nur die Debatten im Plenarsaal mit, sondern auch jeden Zwischenruf, Fragen oder Beifall (möglichst mit dem richtigen Namen des Rufers oder der Angabe der Fraktion). An ihren Schreibtischen im Plenarsaal haben die Stenografen Lautsprecher, der die vom Redner gesprochenen Worte verstärkt. Die Stenografen wechseln sich in einer laufenden Debatte alle fünf Minuten ab und diktieren anschließend das Mitgeschriebene einer Schreibkraft. ein Revisor kontrolliert das maschinenschriftliche und ausformulierte Protokoll der Stenografen. Nach weiteren Kontrollen, auch durch die Redner selbst, muss das Plenarprotokoll am Folgetag um 12 Uhr in gebundener Form vorliegen. Die Reden der Kernzeitdebatten vom Donnerstagvormittag sind bereits nachmittags im Internet nachzulesen.

# Nachrichten

## Peter Götz empfängt Kommunalpolitiker aus Brasilien

Am 20. Oktober empfing Peter Götz MdB, Vorsitzender der AG Kommunalpolitik und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordnete des brasilianischen Parlamentes und Bürgermeister aus Brasilien zu einem Gespräch in Berlin. Die Kommunalpolitiker – allesamt Kandidaten für die in 2012 anstehenden Wahlen in Brasilien – waren im Rahmen eines Deutschlandseminars der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für eine Woche zu Besuch in Deutschland, um sich mit Experten und Fachpolitikern zu kommunalpolitischen Themen auszutauschen. Während des ca. 1,5 stündigen Gespräches mit Peter Götz wurde lebhaft über Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung sowie finanzpolitische Themen in Bund und Ländern aber auch zum Umgang innerhalb Europas mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Besonderes Interesse hatten die Teilnehmer daran, mehr über die Themen aus Sicht eines langjährigen und - aufgrund seiner Tätigkeit als Weltpräsident der Globalen Parlamentariergruppe für Habitat - international erfahrenen



Fachpolitikern wie Peter Götz zu hören. Im Anschluss an die Diskussion wurde der Besuch im Deutschen Bundestag mit einer Besichtigung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude abgerundet.

**Peter Götz (3. von links) mit brasilianischen Abgeordneten und Bürgermeistern aus Brasilien im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages**

Bild: Daniela Diegelmann, KAS

## Landkreis Rastatt profitiert von dauerhafter Verringerung kommunaler Soziallasten

„Der Bund wird den Landkreis Rastatt in den kommenden Jahren bei der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung um mehrere Millionen Euro entlasten“. Dies teilte der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz in seiner Rede im Deutschen Bundestag mit. „Der Bund ist bereit, bis zum Jahr 2020 Kosten der Kommunen in einer Größenordnung von mehr als 50 Milliarden Euro zu übernehmen. Die Summe setzt sich zusammen aus dem bereits beschlossenen Bildungspaket, dem heute vorliegenden Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen – zunächst für das Jahr 2012 – und dem noch ausstehenden Folgegesetz für die Jahre ab 2013. In der Summe ist dies die größte Entlastung der Städte, Gemeinden und Kreise seit Bestehen der Bundesrepublik,“ so Götz in der Debatte über das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen. In konkreten Zahlen bedeutet dies für den Landkreis Rastatt eine Kostenerstattung in 2012 von 2,1 Millionen, in 2013 von 4,3 Millionen und in 2014 von 6,7 Millionen Euro. Götz betonte: „Das ist viel Geld, mit dem Kostensteigerungen bei anderen Sozialausgaben aufgefangen und die Kreisumlage zumindest stabil gehalten, wenn nicht gar gesenkt, werden können.“

## „Abgeordnete im Dialog“

mit **Peter Götz MdB**

am **Donnerstag,**

**3. November 2011,**

**19.30 Uhr,**

**Durmersheim, Hauptstraße 87,**

**Gasthaus „Hirsch“**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Broschüre zum Thema: „**Europa – unsere Zukunft**“ herausgegeben. Sie kann unter: [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de) als pdf-Dokument heruntergeladen werden.

# Einige interessante Daten und Fakten...

## Positives Bild der Globalisierung

Nach einer aktuellen infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verbinden 64% der Deutschen mit der Globalisierung etwas Positives. Zwar erkennen die Deutschen in der fortschreitenden Internationalisierung aller Beziehungen auch eine Reihe von Risiken, jedoch wird deren Einfluss auf die persönliche Situation als relativ gering bewertet. So sind nur 25% der Befragten der Auffassung, dass ihre soziale Absicherung ohne Globalisierung besser wäre. An eine geringere Arbeitsbelastung glauben nur 22% und an ein höheres Einkommen 15%. Dass ohne Globalisierung der Arbeitsplatz sicherer wäre, nehmen lediglich 14% an. Demgegenüber messen die Bürger dem Einfluss der Globalisierung auf die Situation Deutschlands ein stärkeres Gewicht zu. So meinen 55%, dass das Wirtschaftswachstum ohne internationale Verflechtung geringer ausfallen würde. Weitere 50% glauben an eine niedrigere Staatsverschuldung, 41% an geringere Einkommensunterschiede. 37% sind der Meinung, dass Armut und Arbeitslosigkeiten geringer wären. Nach den negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses gefragt, wurde insbesondere der Bereich „Umwelt und Klima“ genannt. 43% glauben, dass ohne Globalisierung die Umweltverschmutzung geringer ausfallen würde und 37% gehen von einem langsameren Voranschreiten des Klimawandels aus. Positiv hingegen schätzen die Bürger die Effekte auf die weltweite Armutsbekämpfung ein.

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

## Deutschland ist beliebtes Reiseziel

Deutschland wird bei Urlaubern aus aller Welt als Reiseziel immer attraktiver. So war nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar bis August ein Zuwachs bei den ausländischen Besuchern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 6% zu verzeichnen. Insgesamt wurden mit 43,5 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste 2,3 Millionen mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres registriert. Beim Travel & Tourism Competitiveness Index (TTCI) 2011 des World Economic Forums konnte Deutschland inzwischen Österreich überholen und belegt nun unter 139 Nationen Platz 2 hinter der Schweiz. Ausländische Besucher schätzen laut TTCI an Deutschland insbesondere die Vielfalt und Qualität seiner Kultur. Zudem wurden die prosperierende Medienwirtschaft, die Anzahl wichtiger internationaler Messen und Ausstellungen, die Umweltschutzbemühungen und die sehr gute Infrastruktur gelobt.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Travel& Tourism Competitiveness Index)

## Sozialhilfeausgaben im Jahr 2010 um fast vier Prozent gestiegen

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 21,7 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) ausgegeben. Dies entsprach einer Steigerung von 3,9% gegenüber dem Vorjahr. Pro Kopf wurden in Deutschland 2010 für die Sozialhilfe rechnerisch 266 Euro netto aufgewendet. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 276 Euro deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 227 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten im Jahr 2010 die drei Stadtstaaten: In Bremen lagen sie bei 441, in Hamburg bei 414 und in Berlin bei 406 Euro. Von den westdeutschen Flächenländern gab Baden-Württemberg mit 194 Euro je Einwohner am wenigsten für Sozialhilfe aus. Im Jahr 2010 entfiel mit 57% der überwiegende Teil der Nettoausgaben für Sozialhilfe auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 19% der Ausgaben wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgewendet. 14% für die Hilfe zur Pflege und 10% vor allem für die Hilfe zum Lebensunterhalt und für die Hilfen zur Gesundheit.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)